

BERLINER RUNDSCHAU

VERKEHRSPOLITIK: Wohin steuert Berlin?

DAS SAGEN DIE MITGLIEDER

FALSCHES ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ

EIN APPELL VON KAI WEGNER

... dass 95% bei der großen Mitgliederumfrage unseren Vorschlag zur Ausweitung der Tarifzone ÖPNV-AB i.V.m. der Errichtung von Park&Ride-Parkplätzen am Stadtrand befürworten?



... dass 75% unserer Mitglieder unseren Vorschlag befürworten, nachts die Supermarkt-Parkplätze zum Parken freizugeben?



Wussten

... dass die BVG über eine Milliarde Fahrgäste pro Jahr befördert?



... dass die Gesamtlänge des Berliner Straßennetzes 5.452 km beträgt - beinahe die Entfernung von Berlin nach Neu Dehli?



Sie

... dass Berlin die höchste Taxidichte Deutschlands hat?



... dass in Berlin 1,2 Millionen PKW zugelassen sind?



schon ...

... dass es in Berlin inzwischen über 5.300 Carsharing-Autos gibt?



... dass der Fahrradverkehr in Berlin im Jahre 2018 um 7,9% zugenommen hat?



... dass es im Sommer letzten Jahres in Berlin bereits über 9.000 E-Scooter gab?



... dass rund 5% der Fahrgäste der BVG ohne gültigen Fahrschein unterwegs sind?



Berlin

... dass an jedem Werktag rund 320.000 Menschen zur Arbeit nach Berlin pendeln?



Liebe Leserinnen und Leser,



der Schock angesichts des rechtsextremen Terrors in Hanau sitzt noch immer tief. Zehn Menschen hat der Mörder völlig unvermittelt erschossen, und zwar an Orten, an denen sie sich sicher fühlten. Mein herzliches Beileid und tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen und den Verletzten. Diese in jeder Hinsicht menschenverachtende Tat verurteile ich aufs Schärfste. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus dürfen in unserem Land keinen Platz haben. Wir alle sind aufgefordert, wann immer sich eine fremdenfeindliche Stimme erhebt, dieser mit größter Schärfe und Konsequenz zu begegnen. Dafür wird die CDU, dafür werde ich immer stehen.

Mitte zu spalten und sich auf Kosten anderer zu profilieren. Ein solcher Politiker ist der designierte Berliner SPD-Co-Vorsitzende Raed Saleh. In seinem unsäglichen Beitrag in der Berliner Zeitung fabulierte Saleh, dass es Demokratie nur links der Mitte gäbe und nur Linke, Grüne und SPD vollständig auf dem Boden des Grundgesetzes stünden. Für sein erschreckendes Demokratieverständnis und seine gefährliche Unkenntnis der Geschichte erntete er zu Recht viel Kritik. Ein solches Verhalten ist unter Demokraten unanständig. Saleh hat sich von seinen Äußerungen bis heute nicht distanziert und sich auch nicht entschuldigt.

der verlorenen Wahl in Hamburg gilt es jetzt zu beweisen, dass die CDU es in Berlin besser machen kann.

Deshalb wollen wir 2020 zum „Jahr der Ideen“ für Berlin machen. Ich freue mich, am 6. Juni auf dem Landesparteitag zum Thema „Mobilität“ unsere neuen, pragmatischen Lösungsansätze für die Metropole von morgen zu entwickeln. Ich lade Sie herzlich dazu ein, sich einzubringen und daran mitzuwirken.

Mit den besten Grüßen

Kai Wegner
Landesvorsitzender
der CDU Berlin

Leider gibt es Politiker - auch von demokratischen Parteien, die versuchen, die politische

Neben diesen traurigen und im Falle Saleh unappetitlichen Vorkommnissen müssen wir auch auf uns selbst schauen. Nach

In dieser Ausgabe ...

... liegt der Schwerpunkt auf dem Thema Mobilität, etwa mit den Seiten 2, 4 und 5 oder auch der Blick auf Union vor Ort (S. 14).



Auf den Seiten 10, 11 und 13 erfahren Sie, was in Ihrer CDU passiert und Sie finden natürlich die Umfrageergebnisse.

Außerdem ist mit Inkrafttreten des Mietendeckels „Wohnen“ ein weiteres Hauptthema auf den Seiten 6 und 7.



Zu den aktuellen Ereignissen mit den Stichworten Thüringen, Hanau und Bundesvorsitz wendet sich unser Landesvorsitzender Kai Wegner auf den Seiten 3 und 16 an Sie.



Jeden Freitag gibt es den aktuellen Newsletter des CDU-Generalsekretärs Stefan Evers. Hier einige Auszüge. Anmeldung unter Aktuelles auf www.cdu.berlin

40.000 Unterschriften für Neue Wege für Berlin

Nach vier Monaten hat die Volksinitiative **Neue Wege für Berlin** bereits **40.000 Unterschriften** für den Bau von 100.000 sozialen und bezahlbaren Wohnungen in der Hauptstadt gesammelt! Unterstützt wurde sie dabei als einzige Partei von der CDU Berlin. Anfang Februar haben unser Landesvorsitzender **Kai Wegner** und unser Generalsekretär **Stefan Evers** einige tausend Unterschriften an Neue Wege für Berlin übergeben. Unser gemeinsames Ziel: **#BauenstattDeckeln!** Jetzt mitmachen und **weiter Unterschriften sammeln!**



Zahl der Woche



Berlin wäre gern Hauptstadt der Elektromobilität - tatsächlich liegt die Zahl aller Ladepunkte in der Stadt aber bei gerade einmal 974. Bei 10.000 Elektroautos und 1,2 mio PKW insgesamt in Berlin. Bundesweit liegt die Hauptstadt nur auf Platz drei. Deutlich hinter Hamburg und München, wo der Ausbau zuletzt schneller voranging. Vergleicht man die Größe der Städte, wird es richtig peinlich für den Senat

„Wir müssen jetzt die Zerrissenheit beenden, wieder ein Profil entwickeln und den Anspruch klar und deutlich formulieren: Wir sind die Volkspartei der Mitte mit einer Idee für die Zukunft“

Unser Landesvorsitzender Kai Wegner zur Immobilien-Affäre um Florian Schmidt

Das will die CDU

- Freiwilliges 365-Euroticket für den ÖPNV
- CO2 reduzieren: Einführen einer Grünen Welle für den Autoverkehr
- An Fußgänger denken: Gehwege reparieren und E-Scooter bändigen
- Außenbezirke stärken: Ausbau des Car- und Bike-Sharings sowie des ÖPNV
- Radfahrer schützen: Abbiegewarnsysteme aufstellen und Ampelschaltungen trennen
- Pendlerstau beseitigen: Ausbau von Park&Ride und Erweiterung der Tarifzone AB
- E-Mobilität stärken: Endlich Ladesäulen aufstellen
- Regeln durchsetzen: Schwarzfahren und Zweite-Spur-Parken entschieden sanktionieren
- Leistungsfähiger ÖPNV: U-Bahn und S-Bahn-Netz ausbauen
- Staus reduzieren: Baustellen koordinieren



Zur Mobilitätsbrochure von 2018:



https://www.cduberlin.de/image/inhalte/180_broschremobilitat_screen.pdf

Sicher und bequem radeln



Wer auf dem Fahrrad unterwegs ist, kennt das leider: zugeparkte Radwege, kaum einzusehende Kreuzungen oder keine Abstellmöglichkeiten. Immer wieder kommen bei sogenannten Abbiegeunfällen Fahrräder unter die Räder von Lastkraftwagen. Verletzungen oder sogar Todesfälle sind die dramatische Folge.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus möchte mit verschiedenen Maßnahmen den Verkehr - und insbesondere den Radverkehr an Kreuzungen - sicherer gestalten. Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, schlägt vor, sensorgesteuerte Warnlichter („Bike-Flashes“) an Kreuzungen einzuführen, so wie es in Niedersachsen erprobt

wurde. Friederici: „Angesichts zu vieler Verkehrstoter sollten wir in Berlin alle Möglichkeiten zur Vermeidung von Abbiegeunfällen nutzen. Es ist völlig unverständlich, das Rot-Rot-Grün unseren Vorschlag nicht unterstützt.“

In Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich die Arbeitsgruppe „Radverkehr“ der CDU des Themas angenommen. Obwohl in einer Metropole wie Berlin der Radverkehr ein wichtiger Be-



standteil des täglichen Berufs- und Individualverkehrs ist, führt dieser dennoch ein stiefmütterliches Dasein im Schatten des motorisierten Verkehrs, stellen die CDU-Politiker fest. Sie monieren, dass bisweilen kuriose und völlig überteuerte politische Stilblüten unter Rot-Rot-Grün hervorgebracht werden, wie die „Begegnungszone Maaßenstraße“ in Schöneberg – über eine Milli-

on Euro teuer für gerade einmal 200 Meter. Die Arbeitsgruppe hat ein Maßnahmenbündel für den Bezirk vorgeschlagen. Dazu gehören verbesserte Fahrradstraßen, abgetrennte Radwege, veränderte Kreuzungsbereiche, videoüberwachte Abstellanlagen an Bahnhöfen und zusätzliche Plätze zur sicheren Unterbringung von Rädern in Wohnbereichen und an Einkaufszentren und Arbeitsplätzen. Die Überlegungen der Arbeitsgruppe sind Bausteine für das bezirkliche Wahlprogramm 2021.

Der Bund geht übrigens mit gutem Beispiel voran: Bereits 2019 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages rund 2,16 Millionen Euro für eine Teststrecke einer Radschnellbahn (unterhalb des U1-Viadukts) als Praxistest einer geplanten Radschnellverbindung zwischen Kreuzberg und KadeWe freigegeben. Klaus-Dieter Gröhler, Wahlkreisabgeordneter für Charlottenburg-Wilmersdorf, ist Mitglied der Jury, die über die „Nationalen Projekte des Städtebaus“ entschieden hat. Aus diesem Programm wird die Teststrecke finanziert.

„... ich setze auf das Pferd.“



VERKEHRSPOLITIK: Wohin steuert Berlin?

Das Auto sei nur eine vorübergehende Erscheinung, soll Kaiser Wilhelm II. vor 120 Jahren gesagt haben. Er, der Monarch, setze auf das Pferd. Eine ähnlich autokratische Weltansicht herrscht auch bei der gegenwärtigen rot-rot-grünen Landesregierung vor.



Verbrennungsmotor findet sich in Presseerklärungen, aber nicht auf der Straße wieder. Trotz Aufforderungen zum Umstieg auf Elektromobilität wurden 2018 nur 59 E-Ladesäulen aufgestellt.

Bis August letzten Jahres sogar nur 17. Beim Bau von Radwegen versagte der Senat auf gan-

Ja, das Automobil mit Verbrennungsmotor hat seinen Zenit als Alltagsbeförderungsmittel überschritten, aber ein Zurück zum Pferd wird Deutschlands Hauptstadt kaum in Bewegung

zer Linie. Die Bilanz der neuen Radwege im vergangenen Jahr: Zwei. Laut aktueller Statistik stieg die Zahl der verunfallten Radfahrer um 12 Prozent an. Und während Rot-Rot-Grün seit geraumer Zeit über den Bau von U- oder Straßenbahnen streitet, verschlechtert sich die Leistung der landeseigenen BVG. Nicht nur die Verspätungen nehmen stetig zu. Auch die Zahl der ausgefallenen Fahrten erreicht aberwitzige Höchststände. So haben sich die nichtgefahrenen Kilometer seit 2016 mehr als verdoppelt und belaufen sich inzwischen auf mehr als 2 Millionen, was theoretisch



halten können.

Tatsächlich beschwerten sich derweil in Berlin nahezu alle, die unterwegs sind: Menschen, die mit dem Rad, mit Bus und Bahn oder auch zu Fuß vorankommen wollen – und die mit dem Automobil ohnehin. Und die Abkehr von Rot-Rot-Grün vom



ausreichen würde den Äquator 326 Mal zu umrunden. Eine Studie im vergangenen Jahr ergab überdies, dass Berlin inzwischen die Stauhauptstadt Deutschlands ist. 154 Stunden steht jeder Ber-

für das aktuell Zahlen vorliegen, erreichte die Zahl der Unfälle (144.326) und der im Verkehr Verunglückten (18.216) neue Höchststände. Die Leitung der für die Sicherheit auf den Haupt-



liner im Jahr durchschnittlich im Stau. Das systematische Beseitigen von Parkmöglichkeiten lässt die Parkplatzsuche immer länger werden. Stau und Parkplatzsuche sind nicht nur im Hinblick auf den verursachten CO2-Ausstoß bedenklich. Die Verdichtung im Verkehr birgt auch weitere Risiken. Immer mehr Berliner beschwerten sich über Aggressivität im Straßenverkehr. 2018, das letzte Jahr,

verkehrsstraßen zuständigen Verkehrslenkung ließ Rot-Rot-Grün dabei beinahe zwei Jahre unbesetzt.

Und auch die Pferde haben es in dieser Stadt nicht ganz einfach. So musste erst das Verwaltungsgericht den Pferdekutschen vor dem Brandenburger Tor ihre Daseinsberechtigung gegenüber dem grün geführten Bezirksamt in Mitte bestätigen.

MITMACHEN UND MITGESTALTEN

Exklusiv für Mitglieder!

Unsere nächste Online-Mitgliederbefragung startet Anfang März zum Thema Mobilität. Sollten wir Ihre E-Mail Adresse noch nicht haben und Sie möchten an der Umfrage teilnehmen, dann nutzen Sie die Chance und senden uns eine E-Mail an cdu@cdu.berlin.

Mitgliederumfrage Mobilität

CDU BERLIN

EIN GESETZ, VIELE VERLIERER – Warum der Mietendeckel gestoppt werden muss!

Ungeachtet der massiven Kritik hat der rot-rot-grüne Senat in Berlin Ende Januar 2020 den Mietendeckel beschlossen. Die Mieten in der Hauptstadt werden damit staatlich festgesetzt und staatlich überwacht. 30 Jahre nach dem Mauerfall hält damit die sozialistische Planwirtschaft wieder Einzug in Berlin. Die Folge: ein wohnungspolitisches Chaos.

Für das eigentliche Problem steigender Mieten, den Mangel an Wohnraum, bietet das Gesetz hingegen keine Lösung. Dabei ist gerade hier der Bedarf groß, denn die Zahl der genehmigten Wohnungen unter der rot-rot-grünen Regierung war zuletzt sogar rückläufig. Der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kai Wegner, kritisiert genau das, denn „der beschlossene Mietendeckel schafft keine einzige neue Wohnung. Im Gegenteil, er zerstört Neubauprojekte und verhindert Instandhaltung, Modernisierung sowie den altersgerechten und klimafreundlichen Umbau von Wohnungen“, so Wegner. Er fordert daher stattdessen ein „Bündnis für das Wohnen“, wie es bereits in anderen Städten gelungen ist. „Wir wollen bauen statt deckeln“, bekräftigt Wegner seine Forderung.

Mit dem Mietendeckel geht aber auch eine massive Rechtsunsicherheit einher, denn ihm steht die Verfassungswidrigkeit auf der Stirn geschrieben. „Der rot-rot-grüne Senat maßt sich an, die vielen mieterschützenden Regelungen vom Bundesgesetzgeber durch seine eigenen zu ersetzen. Das ist nicht akzeptabel und wird vor Gericht keinen Bestand haben“, sagt Dr. Jan-Marco Luczak, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Zudem treibt der rot-rot-grüne Senat mit seiner Wohnungspolitik einen Keil zwischen Mieter und Vermieter und spaltet die Stadt. Die Verunsicherung ist bei allen Beteiligten hoch.

„Die aktuelle Situation ist für Mieter und Vermieter unhaltbar“, fasst Luczak die Lage in Berlin zusammen. „Wir wollen daher schnellstmöglich Rechtssicherheit schaffen. Dafür strengen wir von der CDU/CSU eine abstrakte Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht an, für die ich mich stark gemacht habe. Die Menschen in Berlin brauchen Verlässlichkeit. Dafür stehen wir“, so Luczak energisch.

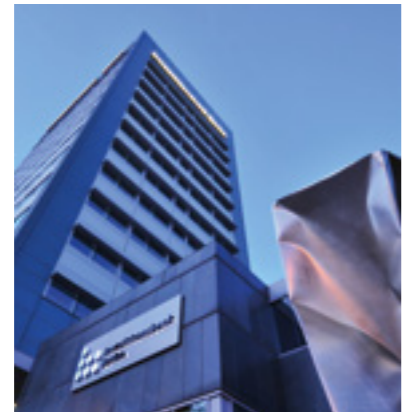
Die Kreuzberger Affäre wird zu einer des Senats

Ausgerechnet der politische Partner, die SPD, brachte es ans Licht. In einer Sitzung im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hatte die SPD Klärungsbedarf. Bei der Durchsicht der Akten zur Genossenschaft „Diese eG“, über die der Bezirksbaustadtrat Florian Schmidt regelmäßig das Vorkaufsrecht gezogen hatte, war den SPD-Genossen aufgefallen, dass die Akten unvollständig waren. Darauf angesprochen, entgegnete ihnen Schmidt mit geradezu atemberaubender Offenherzigkeit, dass dies nicht nur so sei, sondern auch mit voller Absicht geschehe. Es müsse, so Schmidt nach übereinstimmenden Angaben von Teilnehmern der Runde, verhindert werden, dass die Akten von der politischen Opposition instrumentalisiert und von einem Journalisten für

„Agitation“ benutzt würden. Es brauchte Tage, bis die SPD-Genossen das Gehörte verdaut hatten, um dann eine Erklärung zu verschicken, die es in sich hatte. Man wolle sich nicht von Schmidt zu Komplizen machen lassen bei dem Versuch, die Rechte der Opposition zu verletzen und die Pressefreiheit zu beschneiden. Die SPD verlangte die Herausgabe aller Akten und bezweifelte, ganz

nebenbei, Schmidts „charakterliche Eignung“. Dieser Paukenschlag offenbarte eine Reihe von Absonderlichkeiten. Erst vor wenigen Wochen überraschte Finanzsenator Kollatz mit der Einsicht, dass der Ankauf von 900 Wohnungen in der Karl-Marx-Allee durch die Stadt wohl ein wenig teuer geraten war. Kollatz beklagte, dass die Stadt für jede Wohnung 125.000 Euro zahlte. Treiber dieses Geschäftes, das den Steuerzahler Millionen kostete, aber nicht eine einzige neue Wohnung schuf: Baustadtrat Florian Schmidt. Tatsächlich ist es ein Markenzeichen von Schmidt, Millionensummen zu verschieben, ohne dass etwas entsteht: Häuser wechseln zur Genossenschaft „Diese e. G.“, dann als die Finanzierung wackelt, flugs zur

nächsten Genossenschaft. Dabei tauchen immer wieder die gleichen Namen auf. Und der Senat schaut weg. Weder will die für die Aufsicht der Bezirke zuständige Innenverwaltung etwas wissen; auch der Finanzsenator nicht, der spätestens seit dem teuren Abenteuer in der Karl-Marx-Allee hätte gewarnt sein müssen. Damit aber liegt die Verantwortung nun beim Senat. Wer haftet für die Geschäfte des Herrn Schmidt? Was wusste der Senat? Der Landesrechnungshof prüft, die CDU fordert Akteneinsicht: Die Affäre um Florian Schmidt und die Genossenschaft „Diese eG“ geht weiter.



Frank Balzer im Interview
Bezirksbürgermeister von Reinickendorf

Unsozialer Mietendeckel

Berliner Rundschau (BR): Herr Balzer, der Mietendeckel ist vom Abgeordnetenhaus nun beschlossen. Wie denken Sie darüber?
Zunächst einmal bin ich sehr optimistisch, dass die Klage, die die CDU vor dem Verfassungsgericht anstrebt, Erfolg haben wird. Wenn ich sehe, welche handwerkliche Qualität Gesetzesvorlagen von R2G haben, wie diese oft mit heißer Nadel gestrickt werden, ohne an die Folgen – beispielsweise auf Bezirksebene - zu denken,

ist meine Skepsis, glaube ich, nachvollziehbar. Es würde mich schon sehr überraschen, wenn dieser Senat ausgerechnet bei einer so komplexen Aufgabe und unsicheren Rechtslage wie „Nur zusätzliche Wohnungen können die Lage entspannen“ dem Mietendeckel unanfechtbar agiert hätte. Auch die Empfehlung von Senatorin Lompscher an die Mieter, das eingesparte Geld

lieber nicht auszugeben, sondern vorsichtshalber zurückzulegen, zeigt die Unsicherheit, die selbst in Senatskreisen herrscht.
BR: Vom rechtlichen Aspekt der Verfassungskonformität einmal abgesehen, was stört Sie inhaltlich am Mietendeckel?
Es ist die Fortsetzung einer ideologiesteuerten Politik der Spaltung in unserer Stadt. Wir erleben, wie Radfahrer gegen Autofahrer, die Innenstadt gegen die Außenbezirke und nun auch die Wohnungssuchenden gegen

die Wohnungsbauunternehmen ausgespielt werden. Das ist nicht meine Vorstellung von kluger Politik und Interessenausgleich für unser Gemeinwesen. Außerdem stört mich daran, dass der Mietendeckel unsozial ist, weil nichtbedürftige Mieter teurer Altbauwohnungen am meisten davon profitieren. Der jetzt schon zu bemerkende Rückgang an Neubauten, Modernisierungen und Instandhaltungen gefährdet unseren Wohnungsbestand und verschärft die Not der Wohnungssuchenden.
BR: Was schlagen Sie stattdessen vor?
Berlin muss sich nur umschauen, um aus den Erfahrungen anderer zu lernen. Mit Interesse habe ich gelesen, dass zum Beispiel in Stockholm schon in den 1960er-Jahren Ähnliches versucht wurde. Mit dem Resultat, dass sich der dortige Mietmarkt bis heute nicht davon erholt hat und das Mietniveau im internationalen Vergleich Spitzenwerte erreicht. Wir merken ja schon, wie das Geschäftsklima für das Bauen in Berlin unattraktiver geworden ist und sich Investoren abwenden. Doch nur zusätzliche Wohnungen können die Lage auf dem Wohnungsmarkt nachhaltig entspannen.
BR: Was wünschen Sie sich für Berlin?
Es ist schade, dass Rot-Rot-Grün die Gesprächsangebote von CDU und FDP zur Suche nach einer gemeinsamen Lösung nicht angenommen, sondern stattdessen konsequent Klientelpolitik betrieben hat. Wenn der Senat aber schon uns nicht glaubt, sollte die SPD vielleicht auf ihre Genossen in Hamburg hören. Dort ist es gelungen, Mieterverbände, Wohnungsbauunternehmen und die Politik an einen Tisch zu bekommen, um eben nicht gegeneinander, sondern miteinander das Problem anzupacken. Es ist ja unstrittig, dass angesichts der Mietpreisentwicklung Handlungsbedarf besteht. Wer aber glaubt, dies ohne jene zu bewerkstelligen, die neue Wohnungen bauen, der irrt.

Der Deckel kommt vor Gericht

178 Bundestagsabgeordnete sind mindestens nötig, um den Berliner Mietendeckel vor dem Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. Innerhalb weniger Tage und noch vor Inkrafttreten des Gesetzes selbst, haben sich bereits mehr als 190 Abgeordnete der CDU-/CSU-Fraktion im Bundestag hinter einen solchen Antrag gestellt. Unter Federführung des Vorsitzenden der CDU-Lan-

desgruppe Berlin, Dr. Jan-Marco Luczak, soll so die sogenannte „abstrakte Normenkontrolle“ bei Deutschlands höchstem Gericht eingereicht werden. Zu den Erstunterzeichnern gehörten alle sechs Bundestagsabgeordnete der Berliner CDU. Ihr Ziel: die bundesgesetzliche Mietpreisbremse bewahren und schnellstmöglich Rechtssicherheit für Mieter und Vermieter bekommen.

Endlich: Kinder im Internet besser geschützt

Genau wie im realen Leben, ist auch die digitale Welt nicht frei von Gefahren. In der Anonymität des Netzes sprechen Pädophile Minderjährige gezielt an, um sexuelle Kontakte anzubahnen oder an explizites Bild- oder Videomaterial zu gelangen. Cybergrooming nennt man das.

Das ist ein unhaltbarer Zustand



Dr. Jan-Marco Luczak setzt sich im Bundestag für den besseren Schutz von Kindern im Internet ein.

findet Dr. Jan-Marco Luczak, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Kinderpornographie ist eines

der widerlichsten Verbrechen. Denn hinter jedem Fall steht ein Opfer. Ein Kind, das missbraucht wurde.“ Der CDU-Rechtsexperte Luczak setzt sich daher seit langem für einen besseren Schutz von Kindern im Netz ein und hat sich besonders für die Verschärfung der Gesetzgebung beim Cybergrooming stark gemacht. Im Januar 2020 hat der Bundestag diese Verschärfung nun beschlossen.

Zukünftig ist bereits der Versuch strafbar, sexuellen Kontakt mit einem Minderjährigen anzubahnen – selbst dann, wenn es sich nicht um ein wirkliches „Opfer“ handelt, sondern um einen Lockvogel wie beispielsweise einen ermittelnden Polizeibeamten. „Mit dem Gesetz können wir Taten verhindern, bevor sie geschehen. Das ist ein gewaltiger Schritt in Richtung



mehr Kinderschutz“, erläutert Luczak.

Zudem erlaubt das Gesetz Ermittlern unter strengen Voraussetzungen, computergeneriertes Bildmaterial zu erzeugen, um so Zugang zu den Tauschbörsen für

Kinderpornographie zu erhalten und die Täter aufzuspüren. „Wir wollen den Markt für Kinderpornografie austrocknen, kein Täter soll sich im Bereich Kindesmissbrauch noch sicher fühlen können“, so Luczak kämpferisch.

Clubkultur: Rot-Rot-Grün bremst, CDU hilft

Entstanden aus den spontanen Feiern über die Freude an der Wiedervereinigung, ohne jede politische Förderung und Unterstützung, hat sich in Berlin eine Clubszene entwickelt, die inzwischen weltweit berühmt ist. Organisiert in der Clubcommission mit ca. 250 Mitgliedern, sind Clubs nicht vergleichbar mit Diskotheken. Clubs geben sich ein musikalisches Profil und sind oft auch eine Plattform zur Förderung von Künstlern und Kultur, Orte der Begegnung, sozial und politisch engagiert.

Christian Goiny, haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, betont daneben auch die wirtschaftliche Bedeutung der Clubszene. Neben tausenden von Arbeitsplätzen, sorgen die Clubs, einer Studie aus 2019 zu Folge, in Berlin für einen Umsatz von über 1,4 Milliarden Euro. Berlin zieht auch viele an, weil das Nachtleben nicht um null Uhr aufhört, sondern eigentlich erst anfängt! Das Ende der Sperrstunde bereits

1946 verdankt übrigens Berlin auch einem CDU-Politiker, nämlich dem Gastronomen und langjährigen CDU-Abgeordneten Heinz Zeller Mayer.

Doch die Clubszene steht in Berlin unter Druck, wie das Beispiel der „Griessmuehle“ in Neukölln aktuell zeigt. Ebenso in Kreuzberg, wo ein grüner Bezirksstadtrat verhindert, dass ein Ort der Clubkultur wie der Holzmarkt planungsrechtlich gesichert wird.

Die CDU hat in den letzten Jahren nicht nur mit der Gründung des Musicboards und der Förderung der Clubcommission geholfen, Strukturen zu festigen, sondern auch dafür gesorgt, dass Berlin seine Liegenschaftspolitik geändert hat. Grundstücke werden nicht mehr verkauft, sondern nur noch verpachtet. Dadurch konnten die Clubs Yaam und Magdalena mit landeseigenen Grundstücken ge-

holfen werden.

Bemerkenswert ist, dass sich die rot-rot-grüne Koalition jetzt weigert, der „Griessmuehle“ ebenfalls mit einem landeseigenen Grundstück zu helfen. Ein Antrag der CDU wurde nicht nur abgelehnt, sondern Rot-Rot-Grün sprach sich ausdrücklich dagegen aus. Positiv ist hingegen auf der Bundesebene die Diskussion über die Änderung der Baunutzungsverordnung.

Der zuständige Berichterstatter im Bauausschuss, der Berliner CDU-Landesvorsitzende Kai Weg-



ner erklärte hierzu beim Jahresempfang der Clubcommission, dass er es für überfällig halte, Clubs als Kulturorte einzuordnen und nicht mehr in derselben Kategorie wie Spielcasinos oder Bordelle zu führen.

Gastbeitrag von Burkard Dregger, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

„Beamtendiskriminierung durch Antidiskriminierungsgesetz“

Das sogenannte Antidiskriminierungsgesetz ist in Wahrheit ein Beamtendiskriminierungsgesetz. Denn darin unterstellt die Koalition aus SPD, Linke und Grünen jedem Landesbeamten, er diskriminiere jeden. Daher soll nach dem Willen der Koalition jetzt nicht mehr ein Beschwerdeführer seine Diskriminierung nachweisen. Sondern die Verwaltung soll zukünftig auch denjenigen, der seine Diskriminierung missbräuchlich geltend macht, das Gegenteil beweisen müssen. Unserer Verwaltung drohen Entschädigungszahlungen, auch für einen Nicht-Vermögensschaden. Und unseren Beamten drohen disziplinarrechtliche Folgen.

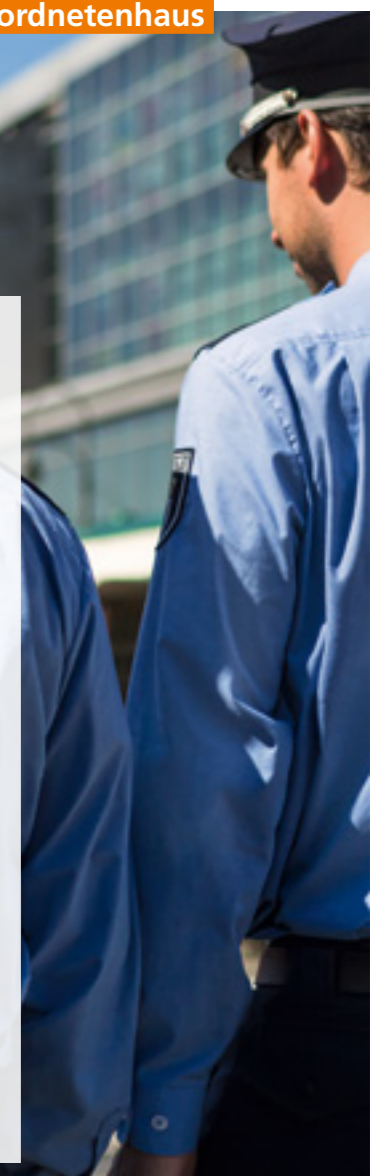
Ich stelle mir jetzt den Angehörigen eines arabischstämmigen Clans vor, der von der Polizei ver-

nommen wird. Der kann allein dadurch, dass er missbräuchlich seine ethnische Diskriminierung geltend macht, die Polizei unter Druck setzen und das polizeiliche Vorgehen bis zum Beweis des Gegenteils behindern. Was wird das mit unseren hoch motivierten Polizeibeamten machen? Die müssen erkennen, dass sie Ärger bekommen, wenn sie gegen die Clans vorgehen. Und sie werden keinen Ärger bekommen, wenn sie das unterlassen. Im Zweifel gegen unsere Landesbeamten! Wollen wir das?

Und das ist noch nicht alles. Da sich die Koalition wünscht, dass auch jeder ausreisepflichtige Drogenhändler im Görlitzer Park seine Diskriminierung missbräuchlich geltend machen kann, soll auch noch das

Verbandsklagerecht eingeführt werden. Dann können sich Vereine, die von der Koalition durch Steuermittel finanziert werden, dieser Rauschgiftändler annehmen und die Verwaltung unter Rechtfertigungszwang setzen. Und für die Dauer dieser Verfahren die Ausreisepflicht aussetzen lassen!

Man könnte diesen Unsinn ja in Erwägung ziehen, wenn es Erkenntnisse gäbe, dass Berliner Beamte regelmäßig diskriminierten und hier tatsächlich ein Problem bestünde. Aber derartige Erkenntnisse gibt es nicht. Ohne Not, ohne Sinn und ohne Verstand werden unsere Verwaltung gelähmt, unsere Polizei behindert und unsere Justiz mit Klagen überflutet. Die Durchsetzung von Recht und Ordnung wird weiter erschwert.



Deutschland – ein neues Silicon Valley?



Blockchain-Technologie hat das Potenzial, unsere Wirtschaft und Verwaltung grundlegend zu verändern. Blockchains sind verteilte, dezentrale Datenbanken, die Transaktionen in chronologischer Reihenfolge unveränderbar und nachvollziehbar speichern und miteinander verketteten.

Thomas Heilmann hat das Potential früh erkannt und setzt sich seit langem für die Förderung der Szene ein. Schon heute sieht die internationale Blockchain-Wirtschaft das Potential, dass in Berlin ein nächstes Silicon Valley für die Blockchain-Technologie entstehen kann.

Unter Federführung von Thomas Heilmann hat die Unionsfraktion im Sommer 2019 ein umfassendes Maßnahmenpapier beschlossen, das in die nationale Blockchainstrategie übernommen wurde. Seit ihrer Veröffentlichung im Herbst begleitet Heilmann die Umsetzung in engem Austausch mit Branchenvertretern.

Im Februar lud er dazu erneut Vertreter von Verbänden, Unternehmen, Kammern und der Bundesregierung in den Bundestag ein. Mit diesem Ansturm hatte in der Fraktion niemand gerechnet: Eigentlich war der Raum für 50 Teilnehmer geplant. Schließlich kamen 150.

Die Branche wartet auf die Vorlage eines Gesetzesentwur-

fes zur Einführung digitaler Wertpapiere, den Heilmann seit

schrieben: „Deutschland hat das Potenzial, zum internationalen



„Blockchain-Technologie hat das Potenzial, unsere Wirtschaft und Verwaltung grundlegend zu verändern.“

zwei Jahren fordert. Der Entwurf hängt zurzeit im Justizministerium fest. Heilmann hat daher im Nachgang der Veranstaltung einen Brief an die Ministerin ge-

Vorreiter zu werden. Das wird jedoch nicht klappen, wenn wir das Tempo der Gesetzgebung nicht dem Tempo des digitalen Wandels anpassen.“

Wie es mit dem neuen Grundsatzprogramm weiter geht



Viele hundert Mitglieder der Berliner CDU haben sich im vergangenen Jahr aktiv an der Ausarbeitung des neuen Grundsatzprogramms beteiligt. Zahlreiche Vorschläge und Anregungen zum neuen Programms sind in der Landesgeschäftsstelle einge-

gegangen. Auf drei großen Veranstaltungen wurden die Schwerpunkte des Programms auch mit Polit-Prominenz wie Friedrich Merz und Thomas de Maizière diskutiert. Der CDU Landesverband hat alle Vorschläge der Mitglieder gesammelt und an

die Bundespartei weitergeleitet, wo sie jetzt in die dritte Phase der Programm-Debatte einfließen.

Mit dem neuen Grundsatzprogramm werden sich die Christdemokraten in sich schnell ändernden Zeiten zu einem neu aufstellen, zum anderen aber eine klare Verortung auf Grundlage der Parteiwerte finden. In den kommenden Wochen wird ein erster Entwurf des neuen Grundsatzprogramms entstehen, in den die Ergebnisse der Diskussionen einfließen werden. Danach geht es im Sommer in die Entscheidungsphase und auf die sogenannte Antwort-Tour. Mit den Verbänden vor Ort, den Mitgliedern und Vereinigungen wird der Entwurf des Grundsatzprogramms gemeinsam beraten. Im Spätsommer bzw. im Herbst wird der finale Textentwurf des Grundsatzprogramms vorgelegt, über den unser Parteitag in Stuttgart Ende 2020 entscheiden wird.

Wälder und das Stadtgrün brauchen Unterstützung!



Rodungen im Amazonas, Feuerstürme in Australien, Dürreschäden in Europa - das Thema Waldschutz steht weit oben auf der europäischen Agenda, auch die Berliner CDU-Europaabgeordnete Hildegard Bentele ist durch ihre Arbeit im Entwicklungs- und im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments involviert. Dabei geht es um die Frage, durch welche neuen EU-Maßnahmen gegenüber Drittländern illegale Abholzungen vermieden und verstärkt nachhaltige Waldwirtschaft betrieben werden könnte.

ten Stadtgebiets. Die extreme Trockenheit in den vergangenen zwei Jahren hat jedoch Spuren in unseren Wäldern hinterlassen. Derzeit weisen 9 von 10 Bäumen Schäden auf, bei der Aufforstung herrscht also großer Handlungsbedarf. Als CDU Berlin haben wir kürzlich aus Klimaschutzgründen eine große Bewaldungsmaßnahme, nämlich die Anlage eines neuen Stadtwaldes auf der Hälfte des Tempelhofer Feldes beschlossen.

Vor diesem Hintergrund passt es gut, dass im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments derzeit darüber beraten wird, das Jahr 2021 zum „Europäischen Jahr für mehr Stadtgrün“ auszurufen. „Für Berlin ist wichtig, dass hieraus konkrete EU-Unterstützung bspw. für die Pflanzung von



mehr Stadtbäumen, Begrünungsmaßnahmen von Hausfassaden und Schulgärten erwächst, denn leider ist das Stadtgrün in Berlin immer noch unterfinanziert. Die Bedürfnisse der Städte sind noch nicht im Fokus der EU-Kommission, hierfür setze ich mich ein.“ beschreibt Bentele ihr Vorgehen. Wichtig ist aus ihrer Sicht auch,

dass sich ihre Fraktion in einer Waldstrategie klar dazu positioniert hat, im Rahmen des Forschungsprogrammes „Horizont Europa“, von dem die Berliner Universitäten in besonderer Weise profitieren, die Widerstandsfähigkeit und den Schutz von Wäldern in Zeiten des Klimawandels zu erforschen.

Berlin Salon

Politik im Gespräch

Berlin – Hauptstadt der Sicherheit?



Mittwoch, 18. März 2020
19:00 - 21:30 Uhr

Diskutieren Sie mit:

Andreas Geisel

Senator für Inneres und Sport (SPD)

Burkard Dregger

Fraktionsvorsitzender der CDU im AGH

Theater an der Parkaue
Parkaue 29
10367 Berlin-Lichtenberg

Anmeldung unter:
anmeldung@cdu.berlin
oder 030/ 32 69 04 -0

Klartext und Kontroverse beim Berlin Salon



Ein aktuelles Thema, zwei verschiedene Positionen, 90 Minuten! Das sind die entscheidenden Zutaten des Berlin Salons, eines Debattenformats der CDU Berlin. Der Politpromitalk ist inzwischen eine feste Größe in der Stadt. Bis zu 200 Besucher und



bis zu 20 Medienvertreter aus Rundfunk, Fernsehen und Print verfolgten die ersten zwei Salons dieses Jahres in der Landesgeschäftsstelle der CDU Berlin.

Den diesjährigen Debattenauf-

takt eröffneten Tilman Kuban, Chef der Jungen Union, und Kevin Kühnert, stellvertretender SPD Bundesvorsitzender und



Juso-Chef. Stefan Evers, Generalsekretär der Berliner CDU und Moderator der Diskussion, hatte das Thema vorgegeben: „Zukunft der Volksparteien“. Wer hitzige Streitigkeiten und laute Wortgefechte erwartet hatte, wurde enttäuscht. Die Stellung Kevin Kühnerts als Gast der CDU Berlin und die souveräne Moderation durch Stefan Evers sorgte für eine erfrischend sachliche und informative Debatte. Das Publikum, das den Diskutanten Fragen stellen konnte, beteiligte sich rege. Ob es um die Polarisierung der Gesellschaft oder die Notwendigkeit eines stärkeren Profils bei den Parteien der Mitte ging, erstaunlich oft stimmten Kuban und Kühnert den Aussagen des jeweils anderen zu. Wer sich die

Debatte nachträglich anschauen möchte, kann das auf Youtube. TV.berlin hat die Veranstaltung aufgezeichnet und unter „Kühnert und Kuban im Berlin Salon der CDU“ online gestellt.

Einige Wochen später folgte die vielbeachtete Debatte zwischen dem Berliner CDU Chef Kai Wegner und der Fraktionsvorsitzenden der Berliner Grünen, Antje Kapek. Das Diskussionsthema lautete „Metropole der Zukunft – Berlin 2030.“ Die Fragen der Besucher an die beiden Debatteilnehmer waren so zahlreich, dass sie trotz deutlicher Überschreitung des zeitlichen Rahmens nicht alle beantwortet werden konnten. Auch wenn die politischen Unterschiede bei Schlüsselthemen wie Sicherheit, Bildung oder Mobilität schnell deutlich wurden, spürte man den gemeinsamen Willen der Debatteilnehmer, die Stadt



reißerische Eskalation, sondern produktive Sachdiskussion setzt. Wer jetzt neugierig geworden ist, sollte sich unbedingt zwei Termine vormerken. Einmal den Berlin Salon zum Thema „Innere Sicherheit“ mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Burkard Dregger und SPD-Innenminister Andreas Geisel am 18. März. Zum anderen den Berlin Salon zum Thema „Mobilität“ mit der grünen Verkehrsministerin Regine Günther und dem bekannten B.Z.-Kolumnisten Gunnar Schupelius im April. Es wird wie immer spannend werden!

voranzubringen. Der Tagesspiegel titelte am nächsten Morgen in einem großen Beitrag zum Berlin Salon sogar: „Die schwarz-grünen Avancen der Berliner CDU.“ Auch wenn das gewiss übereilt ist, zeigt es doch das Potential des Debattenformats, das nicht auf



reißerische Eskalation, sondern produktive Sachdiskussion setzt.

Wer jetzt neugierig geworden ist, sollte sich unbedingt zwei Termine vormerken. Einmal den Berlin Salon zum Thema „Innere Sicherheit“ mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Burkard Dregger und SPD-Innenminister Andreas Geisel am 18. März. Zum anderen den Berlin Salon zum Thema „Mobilität“ mit der grünen Verkehrsministerin Regine Günther und dem bekannten B.Z.-Kolumnisten Gunnar Schupelius im April. Es wird wie immer spannend werden!

Entschieden unentschieden:

Der Senat und die Bewerbung für die IAA:

Will der Senat? Oder will er nicht? Seit dem Herbst vergangenen Jahres, als öffentlich wurde, dass die Internationale Automobilausstellung künftig nicht mehr in Frankfurt stattfinden soll, gibt es jetzt noch drei Bewerber für die Automobil-Messe: Hamburg, München und eben auch Berlin. Letztere wenigstens ein bisschen. Zwar hatte der Regierende Bürgermeister Müller vollmundig erklärt, dass es keinen besseren Ort für die IAA, und auch keinen besseren Zeitpunkt für die Bewerbung gäbe, als Tage danach

der grüne Koalitionspartner das genaue Gegenteil auf einem Landesparteitag beschloss: „Nicht jede neue Mobilitätsform ist eine Bereicherung. Wir lehnen Berlin als Standort für die IAA ab.“

Die grüne stellvertretende Bürgermeisterin Pop, als Wirtschaftsministerin zuständig für Messen, weiß auch heute noch nicht so recht, was sie will. Eigentlich ist sie dafür, wenigstens ein bisschen. Weiß aber andererseits nicht, ob sie sich auch trauen soll, es offen zu sagen. Pop will ja so gerne Spitzenkandidatin der Grünen

werden, da kann man es sich schlecht mit der grünen Basis verscherzen – auch wenn die Blödsinn beschließt.

Und so geht das Hin und Her des Berliner Wackelsenats weiter. Zwischenzeitlich hatte sich Müller Verstärkung für die Bewerbung geholt. Jürgen Klinsmann, frisch bestallter Trainer von Hertha BSC sollte die Bewerbung werbewirksam unterstützen. Doch mit der Wirksamkeit der Werbebemühungen von Klinsmann ist es seit dessen wenig rühmlichen Abgang bei Hertha auch nicht



mehr weit her. Und so taumelt die entschieden unentschiedene Berliner Regierungskoalition in Sachen IAA-Bewerbung in die nächste Runde. Ausgang offen.

„Dein Bestes geben – nicht der Beste sein“



Auch bei seinen Füchsen kümmert sich Frank Steffel um den Nachwuchs.

Berlin ist wieder Gastgeber von olympischen Spielen. Vom 16. bis 25. Juni 2023 finden bei uns die Special Olympics World Games - die Weltspiele der Menschen mit geistiger Behinderung statt. Das Land Berlin und der Bund fördern diese größte inklusive Sportveranstaltung der Welt maßgeblich. Mit 7.000 Sportlerinnen und Sportlern aus

170 Nationen, 3.000 Trainern, 20.000 Freiwilligen und 500.000 Zuschauern wird sie eines der sportlichen Highlights des Jahres 2023 in Berlin sein.

Diese Weltspiele sind weit mehr als nur ein Wettstreit um Medaillen in 24 Sportarten. Das Ziel der Spiele ist es, Menschen mit geistiger Behinderung mehr Sichtbarkeit zu verschaffen und

bestehende Diskriminierung zu beenden. Die Spiele werden aufzeigen, zu welchen Leistungen geistig behinderte Menschen in der Lage sind - auf dem Sportplatz und außerhalb, denn sie werden in die Organisation der Spiele ganz selbstverständlich mit einbezogen.

Die Spiele werden unsere Wahrnehmung von Menschen mit geistiger Behinderung und ihre gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig positiv prägen“, ist der Berliner Bundestagsabgeordnete Frank Steffel überzeugt, der Kuratoriumsmitglied der Special Olympics ist und die Organisation der Spiele seit der Bewerbungsphase begleitet. „Es geht bei dieser Veranstaltung nicht darum, der Beste zu sein, sondern dass jede und jeder sein Bestes gibt. Das ist eine Einstellung, von der auch Menschen ohne Behinderung eine Menge lernen können.“

Berlinale: Das größte Publikumsfestival der Welt wird 70

Berlinale Palast

Die Berliner Bundestagsabgeordnete, Kulturstaatsministerin Monika Grütters, freut sich auf den 70. Geburtstag der Berlinale: „Wir schauen alle mit Neugierde auf das, was kommen wird. Wir feiern immerhin 70 Jahre Tradition und einen großen Geburtstag – und werden gleichzeitig neue Impulse sehen“, sagte sie gegenüber der BILD.

Die Internationalen Filmfestspiele Berlin finden in diesem Jahr vom 20. Februar bis 01. März 2020. Die neue Doppelspitze -



Monika Grütters im Austausch mit Maria Furtwängler-Burda

Carlo Chatrian und Mariette Rissenbeek - setzt einige neue Impulse. Grütters: „Aber eines wird sich sicher nicht ändern: Die Berlinale bleibt auch weiterhin das weltweit größte Publikumsfestival, was die Zuneigung und

die Sympathie der Berlinerinnen und Berliner sowie der Cineasten aus aller Welt mit bis zu 350.000 verkauften Tickets beweist.“ Mit Jeremy Irons als Jurypräsidenten, Hellen Mirren als Preisträgerin des Ehrenbären sowie mit insgesamt 18 Filmen im Wettbewerb, darunter auch zwei deutsche Filme, ist auch in diesem Jahr alles vorbereitet, damit die Berlinale im Herzen der Hauptstadt auch mit 70 Jahren ihre Besucherinnen und Besucher faszinieren und inspirieren kann.

Zurück zu den Wurzeln



Die Erinnerungen an die Büroräume in der Steifensandstraße sind gute für die CDU Berlin. Bereits in den Jahren von 1992 bis 2000, also großer Teile der Regierungszeit von Eberhard Diepgen, befand sich die Landesgeschäftsstelle der Berliner Christdemokraten in der Nähe des Charlottenburger Lietzensees.

Nach jeweils zehn Jahren am Spittelmarkt und am Wittenbergplatz geht es nun wieder zurück in den Kiez zwischen Amtsgerichts- und Sophie-Charlotte-Platz, in ein Gebäude, das den Namen des langjährigen (1969 – 1981) CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz trägt. Der heutige Generalsekretär der Landespartei, Stefan Evers, betont: „Es war eine sehr bewusste Entscheidung unseres Präsidiums, wieder mit der Landesgeschäftsstelle in das Peter-Lorenz-Haus in der Steifensandstraße 8 zu ziehen. Die guten Jahre für Berlin unter unserem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen werden uns Erinnerung, vor allem aber Ansporn sein. Ansporn Berlin wieder politisch zurückzuführen zu einer Politik von Maß und Mitte, welche die Stadt unter Rot-Rot-Grün so sehr vermisst.“

Ab dem 31. März finden Sie die Landesgeschäftsstelle im Peter-Lorenz-Haus in der Steifensandstraße 8, 14057 Berlin. Alle sonstigen Kontaktadressen wie Telefonnummern und E-Mail-Adressen bleiben bestehen.

AUSWERTUNG der Mitgliederumfrage

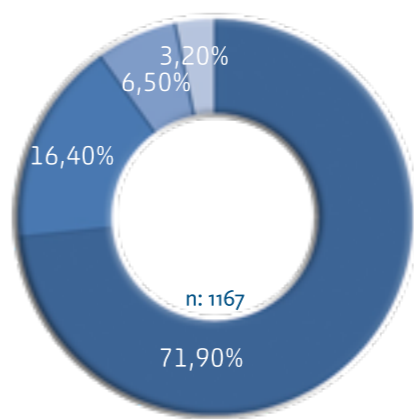
Das sagen die Mitglieder

Deutlich über 1.000 Mitglieder der Berliner Union beteiligten sich bei der letzten großen Umfrage, die kurz vor dem Jahreswechsel gestartet wurde und bis Mitte Januar lief.

In der letzten Sonderausgabe der Berliner Rundschau berichteten wir vorab.

Bei der Abfrage von den aktuell 10 wichtigsten Politikfeldern gab es demnach ein eindeutiges „Spitzen-Quartett“. Ganz vorn und eng beieinander liegen die Themen Wohnen, Bildung, Verkehr und Sicherheit - in dieser Reihenfolge. Bei 1.167 abstimmenden Mitgliedern, die selbst ganz überwiegend laut dieser Umfrage zur Miete wohnen, wird eine maßgebliche Kritik am Mietendeckel eindeutig geteilt. Die Kritik lautet: „Bei anhaltendem Zuzug wird es zu einer Verschärfung des Wohnungsmangels

durch Rückgang des Neubaus kommen.“ Diese Aussage hielten 72 Prozent für „wahrscheinlich“



und weitere 16,4 Prozent für „eher wahrscheinlich“. Nur 3,2 Prozent hielten hingegen diese Prognose für „unwahrscheinlich“. Auch die weiteren CDU-Positionen zum Mietendeckel (Verfall Bausubstanz, drohende Mietnachforderungen, drohende Blockade von Verwaltung und Gerichten) erfahren mit Werten zwischen

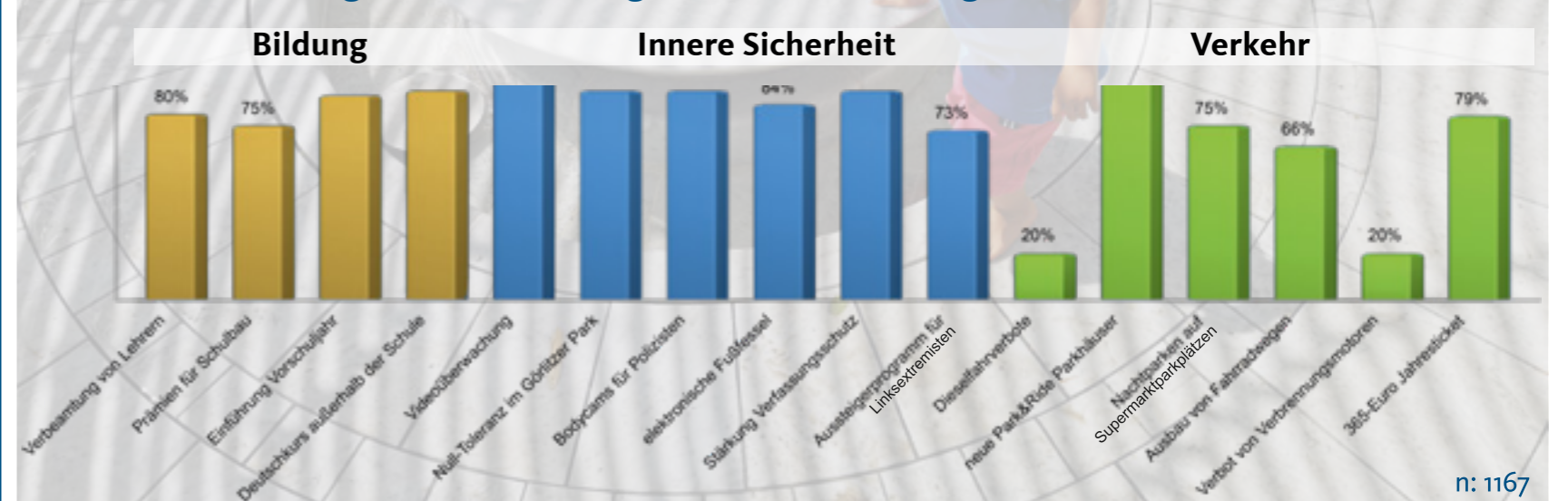
75 und 85 % große Zustimmung. Allein die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten bei Handwerkern sehen nur etwas mehr als 50 %. Sehr vereinzelt und selten wird in den insgesamt über 150 Anmerkungen der Mietendeckel positiv erwähnt, nahezu ausschließlich werden hingegen weitere negative Aspekte eines drohenden Mietendeckels beschrieben oder politische Statements zum Thema verfasst. Hohe Zustimmung gibt es auch bei den Forderungen aus dem CDU-Masterplan Wohnen (vereinfachte Absenkung unrechtmäßiger Mieterhöhungen, Strafen für Herausmodernisierer, Absenkung Modernisierungsumlage, Berliner Mietergeld).

Beim Thema Umwelt und dem Beschluss des Kleinen Landestages gibt es erneut hohe Zustimmungswerte (Tempelhofer Wald/Randbebauung, Car-Sharing, Dach- und Fassa-

denbegrünung). Bemerkenswert ist die 79 %-Zustimmung zum 365-Euro-Jahresticket (55 % sinnvoll, 24 % eher sinnvoll). Eindeutig ist auch die Zustimmung zum Thema Bildung. Zustimmung Verbeamtung mit 80 %, Prämien für Schulbau mit Dreiviertel, Einführung Vorschuljahr (88%) und Deutschkurse außerhalb der Schule über 90 %. Auch beim Thema Innere Sicherheit wird durchgängig auf hohem Niveau der Parteilinie gefolgt: Videoüberwachung (96%), Null-Toleranz im Görlitzer Park (über 90%), Bodycams für Polizisten (über 90 %), elektronische Fußfessel (84 %), Stärkung Verfassungsschutz (über 90 %). Leicht dahinter mit 73 %, die ein Aussteigerprogramm für Linksextremisten gut finden.

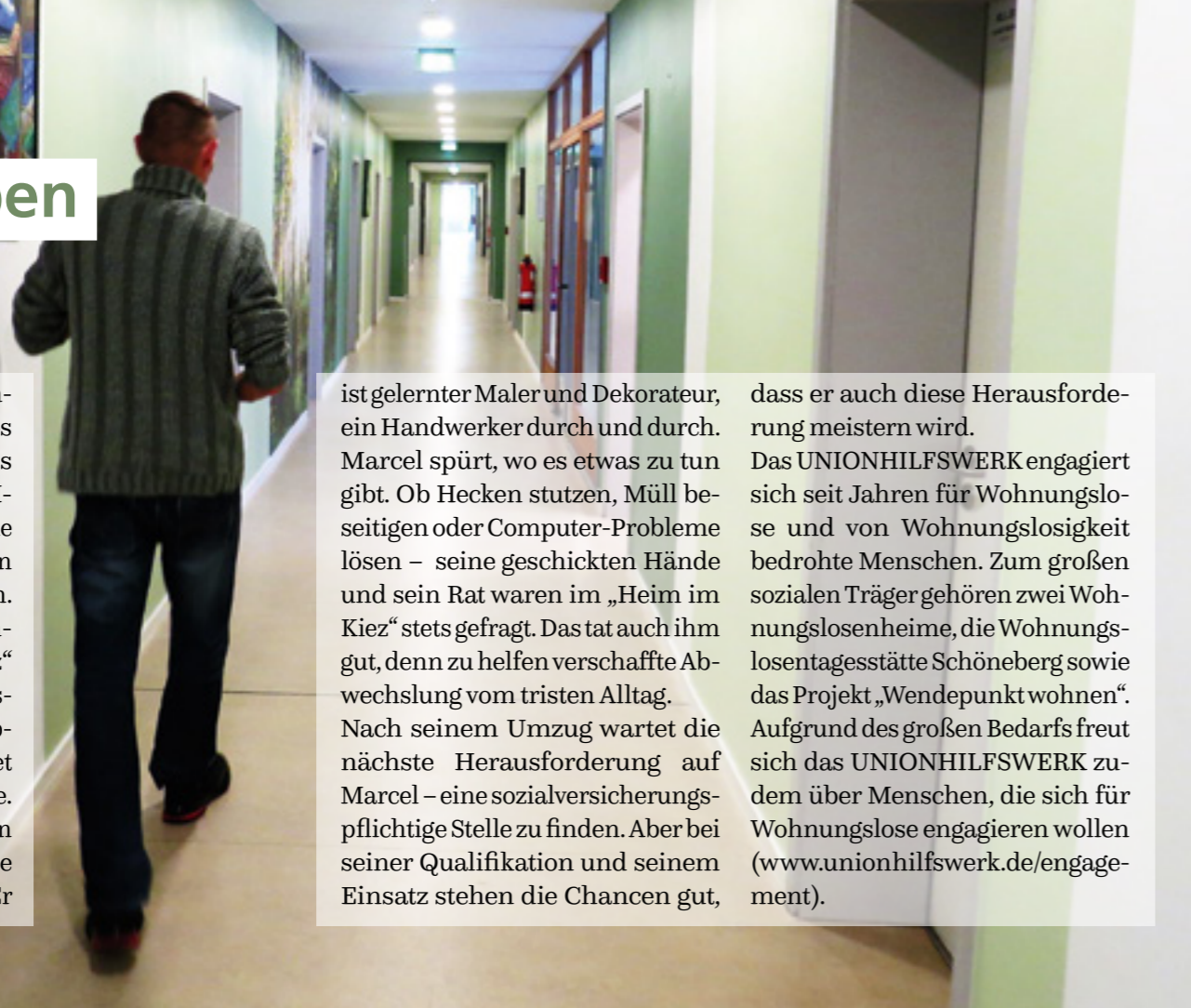
Beim Thema Verkehr ist die Spreizung der insgesamt hohen Zustimmungswerte zu den Vorschlägen der Berliner Union etwas größer. Mehr als 80 % lehnen Dieselfahrverbote ab. Neue Park&Ride-Parkhäuser befürworten 95 %, nachts Parken auf Supermarktparkplätzen: Dreiviertel, Ausbau von Fahrradwegen: Zweidrittel, das Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2030 lehnen über 80 % ab. An der Umfrage haben sich Mitglieder aus allen Bezirken beteiligt, und zwar in etwa gleich der Verteilung der Mitgliedschaft.

Themenbezogene Zustimmungsraten unserer Mitglieder:



n: 1167

Zurück ins normale Leben



Marcel hat es geschafft. Der 39-Jährige, der einige Zeit wohnungslos war, hat mithilfe des Projekts „Wendepunkt wohnen“ des UNIONHILFSWERKS, eigene vier Wände beziehen können. Der erste Schritt in ein normales Leben ist damit getan. Vorher wohnte Marcel im Wohnungslosenheim „Heim im Kiez“ des UNIONHILFSWERKS in Bohnsdorf, einem Stadtteil im Bezirk Treptow-Köpenick. Die Unterkunft bietet mehr als 80 Menschen eine Bleibe. Im „Heim im Kiez“ hat Marcel seinen eigenen Weg gefunden, seine Krise zu bewältigen – mit Engagement. Er

ist gelernter Maler und Dekorateur, ein Handwerker durch und durch. Marcel spürt, wo es etwas zu tun gibt. Ob Hecken stutzen, Müll beseitigen oder Computer-Probleme lösen – seine geschickten Hände und sein Rat waren im „Heim im Kiez“ stets gefragt. Das tat auch ihm gut, denn zu helfen verschaffte Abwechslung vom tristen Alltag. Nach seinem Umzug wartet die nächste Herausforderung auf Marcel – eine sozialversicherungspflichtige Stelle zu finden. Aber bei seiner Qualifikation und seinem Einsatz stehen die Chancen gut,

dass er auch diese Herausforderung meistern wird. Das UNIONHILFSWERK engagiert sich seit Jahren für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen. Zum großen sozialen Träger gehören zwei Wohnungslosentagesstätte Schöneberg sowie das Projekt „Wendepunkt wohnen“. Aufgrund des großen Bedarfs freut sich das UNIONHILFSWERK zudem über Menschen, die sich für Wohnungslose engagieren wollen (www.unionhilfswerk.de/engagement).

Union vor Ort – Mehr Sicherheit auf Straßen und Wegen



Zu Weihnachten brennen die Lichter – und wenn sie das im Fußgängertunnel unter der Autobahn im Bereich des U-Bahnhofs Otisstraße in Reinickendorf

sondern vor allem die zahlreichen Anwohner, die ihre Abgeordnete um Hilfe gebeten hatten. Mit beharrlichem Nachfragen und Einsatz hatte die CDU-Politikerin die zuständigen Stellen zu einer grundlegenden Instandsetzung dieser für die Nachbarschaft

so wichtigen Abkürzung bewegen können. Ebenso nachdrücklich, doch noch nicht von Erfolg geprägt, ist das Engagement der



CDU in Pankow oder auch des Ortsverbandes Prenzlauer Berg Ost. Die CDU-Fraktion in Pankow fordert etwa die Installation von Dialogdisplays, beispielsweise vor den Kitas und der Grundschule im Blumenviertel, vor der Grundschule Alt-Karow, der Bötzow-Grundschule und an zahlreichen anderen Standorten im Bezirk. Der Antrag dazu ist in der BVV beschlossen worden. Jetzt

muss das Bezirksamt Kauf und Installation möglichst schnell umsetzen. Ebenfalls im Blumenviertel tritt der Ortsverband dafür ein, den zum Teil gefährlichen Durchgangsverkehr durch eine Anlieger-Beschränkung vom Durchfahrtsverkehr zu entlasten. Mobilität und Verkehr sind zum Beispiel auch in Spandau eines der Themen vor Ort. So setzt sich etwa in Gatow die örtliche CDU für bessere Beleuchtung von Straßen und Warthäusern ein oder zusammen mit einer Bürgerinitiative für eine Bedarfssampel am Kladower Damm/Groß-Glienicker Weg. Immer wieder geht es auch um Taktzeiten und Routenführung der BVG. Hier – vor Ort – wirkt Politik unmittelbar. Sprechen Sie Ihre CDU-Vertreter im Kiez und Bezirk an!

Reinickendorf

Oraniendamm 6-10, Aufgang D, 13469 Berlin, Tel.: 496 12 46
Fax : 496 30 53, info@cdu-reinickendorf.de, www.cdu-reinickendorf.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

Mitte

Triftstraße 41, 13353 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Pankow

Berliner Straße 38, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 5130 51200, Fax: 5130 51209
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

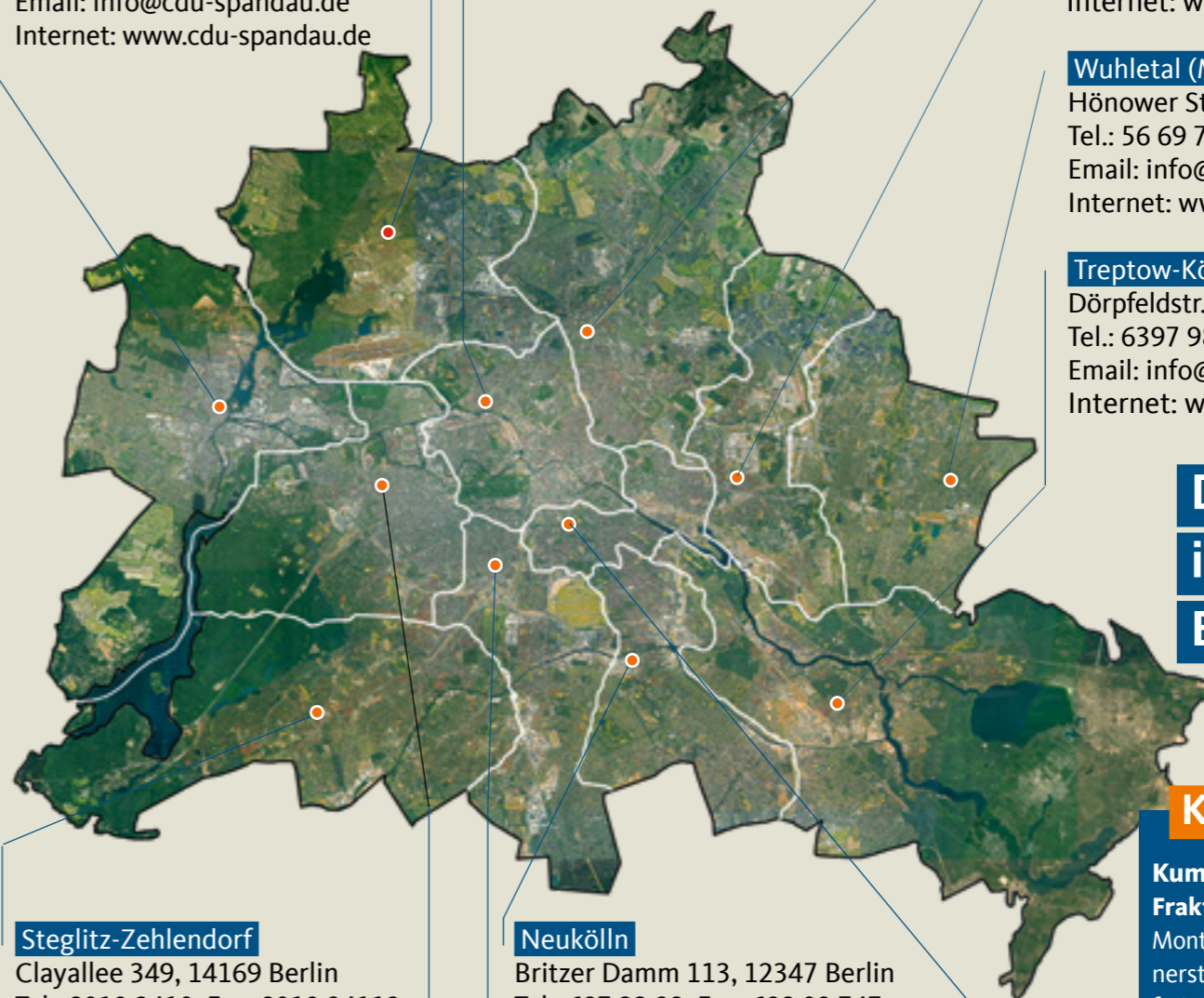
Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Hönow Str. 67, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 54, Fax: 56 69 74 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Treptow-Köpenick

Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-tk.de

Für Sie vor Ort



Die CDU in den Berliner Bezirken

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 8010 9410, Fax: 8010 94119
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Neukölln

Britzer Damm 113, 12347 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 688 09 747
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Rathaus Charlottenburg, Raum 229, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Tempelhof-Schöneberg

Kolonnenstraße 4, 10827 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: info@cdu-ts.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Kummernummer

Kummernummer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus
Montags von 15:00 bis 17:00 Uhr, donnerstags von 09:00 bis 11:00 Uhr und freitags von 10:00 bis 12:00 Uhr unter der Telefonnummer (030) 2325-2837

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -16;
REDAKTIONSLEITUNG: Stefan Evers; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze;
REDAKTION: Oliver Cywinski, Michael Ginsburg, Ralf Jaksch; SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski; Druckerei Vettors;
BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: iStock@Amski; Seite 2: Sascha Gross, 3 x ALU, pixabay@Hartmut Movisyanau iStock@matthewleesdixon, iStock@querbeet, 2 x Dirk Reitze, Stefan Liefänder, shutterstock@canadastock, iStock@MoreISO; Seite 3: Yves Sucksdorff; Seite 4-5: MST, Dirk Reitze, pixabay@Gerd Altmann, iStock@Amski, wikipedia, 2x Dirk Reitze, pixabay@toxi85; Seite 6-7: IBB, F. Balzer, Büro M. Grütters; Seite 8-9: Büro J.-M. Luczak, pixabay@DariuszSankowski, ALU, Christian Goiny, Breloer, Büro Th. Heilmann; Seite 10-11: Bentele?, 6 x CDU Berlin, pixabay@atimedia; Seite 12-13: Büro F. Steffel, Dirk Reitze, Richard Hübner@Berlinale2014, Büro M. Grütters, pixabay@Gerd Altmann, 2 x ALU; Seite 14-15: UHW, Demirbürken-Wegner, CDU Pankow, Stefan Liefänder mit googlemaps; Seite 16: Yves Sucksdorff
Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.

Wir schauen nicht nach links und nicht nach rechts

Ein Appell von Kai Wegner

Wir erleben gerade turbulente Zeiten. Das Ergebnis der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen kam für die meisten von uns völlig unerwartet und hat eine Krise ausgelöst. Ja, es wurden viele Fehler auf unterschiedlichen Ebenen gemacht. Ebenso überraschend kam der Verzicht unserer Parteivorsitzenden, Annegret Kramp-Karrenbauer, auf die Kanzlerkandidatur und den Parteivorsitz. Um eines vorneweg klar zu sagen: Diese Entscheidung verdient den größten Respekt. Frau Kramp-Karrenbauer hat den Grundsatzprogrammprozess der CDU eingeleitet und das Verhältnis zur CSU wieder deutlich verbessert. Für die Arbeit als Generalsekretärin und Vorsitzende der CDU Deutschlands gebührt ihr großer Dank.

Jetzt ist die Chance für den dringend benötigten Neubeginn. Es kommt darauf an, Vertrauen zurückzugewinnen, damit die CDU die starke Volkspartei der Mitte bleibt. Unsere Partei braucht nun schnell Klarheit in der Führungsfrage. An der Spitze muss eine Persönlichkeit stehen, die der CDU mit einem starken Team ein klares Profil gibt und die Partei wieder zusammenführt. Diese Person muss durch ihre Glaubwürdigkeit die ganze Bandbreite der Volkspartei CDU abbilden. Wir können uns dabei weder einen langen Selbstfindungsprozess noch ein monatelanges Kandidaten-Casting erlauben. Wir brauchen ein konsequentes, geordnetes und zugleich zügiges Verfahren, damit wir uns wieder auf das Wesentliche konzentrieren können: die Probleme der Menschen in diesem Land zu lösen.

Eines ist dabei klar: Für die CDU kann es mit der AfD weiterhin keinerlei Zusammenarbeit und vor allem auch keine Abhängigkeit im Regierungshandeln geben. Denn die AfD steht für alles, wofür wir nicht stehen: Sie spaltet, sie grenzt aus. Das war, ist und kann nie christlich-demokratische Politik sein. Gleichermäßen steht fest, dass wir nicht mit der Linkspartei zusammenarbeiten



CDU Landesverband Berlin, Kleiststr. 23-26, 10787 Berlin


- einer Partei, die bestreitet, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, die das SED-Regime verklärt und die eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung anstrebt. Deshalb muss unsere Politik einzig und allein auf unserem christdemokratischen Werte-

fundament beruhen. Niemals dürfen wir es zulassen, dass rechte oder linke Demagogen unsere politische Kultur oder unsere Demokratie beschädigen. Wir müssen Wählerinnen und Wähler im politischen Wettbewerb mit unseren Zukunftsideen begeistern. Und diejenigen, die wir verloren haben, müssen wir für die politische Mitte zurückgewinnen. Das wird uns auch gelingen, wenn wir tatsächliche Probleme offen ansprechen und dafür Lösungen anbieten.

Auch für Berlin haben wir uns viel vorgenommen. Dabei schauen wir nicht nach links und nicht nach rechts, sondern auf unsere Stadt. Berlin war schon immer die Stadt der Freiheit, Weltoffenheit und Toleranz. Um dies langfristig sicherzustellen, brauchen wir ein Fundament der Sicherheit, der Ordnung und der Rechtsstaatlichkeit. Das ist und bleibt unser unverwechselbarer Markenkern. Als einzige Partei, die pragmatische, sachbezogene und ideologiefreie Politik zum Wohle aller Berliner macht, wollen wir diese Werte verteidigen und Berlin zur Stadt der Chancen machen. Ich bitte Sie dabei um Ihre Unterstützung. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen - für eine starke CDU in Berlin und in Deutschland.

Neumitgliederempfang

 **Beginn: 18.00 Uhr**

 **CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhörerstraße 8
10785 Berlin**

www.CDU.Berlin



Montag, 30. März

Alle Neumitglieder und die, die es werden wollen, sind herzlich zu unserem ersten Neumitgliederempfang in 2020 eingeladen. Treffen Sie den Landesvorsitzenden Kai Wegner, den Generalsekretär Stefan Evers und die Mitgliederbeauftragte Dr. Ottilie

Klein und außerdem natürlich viele viele weitere neue Mitglieder. Eine individuelle Einladung geht Ihnen außerdem noch rechtzeitig zu. Anmeldung unter anmeldung@cdu.berlin oder 030/ 32 69 04 - 0. Wir freuen uns auf Sie!

CDU BERLIN